

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

**7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 13. Dezember 2007  
im Tell-Saal, Ostermündigen**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Schluss: 20.00 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Marianne Neuenschwander	(SP)	1
<b>Stimmzähler:</b>	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
<b>Anwesend:</b>	Claudine Basler, Aziz Dogan, Rudolf Kehrl, Rudolf Mahler, Rupert Moser, Norbert Riesen, Roger Schär, Andreas Thomann, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer ( <i>ab 18.20 Uhr</i> )	(SP)	11
	Erich Blaser, Marion Buchser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Beat Weber	(SVP)	6
	Markus Egger, Heinz Gfeller, Philipp Marti, Peter Wegmann	(FDP)	4
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Ernst Synes, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Michael Meinhofer	(FORUM)	3
	Thomas Christen	(SD)	<u>1</u>

**34**

**Vertreter des Gemeinderates:** Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Urs Rüedi, Thomas Werner

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

**Entschuldigt:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Marco Krebs, Aliko Maria Panayides, Meta Stäheli Ragaz, Gerhard Zaugg

**Mitglieder des Gemeinderates**

--

**Abwesend:** **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Daniel Kirchhofer, Mevlude Nesimi

**Protokoll:** Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

## G E S C H Ä F T E

86	P Protokoll-Genehmigungen		
	<b>Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 1. November 2007</b>		<b>327</b>
87	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	<b>Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2008</b>		<b>328</b>
88	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	<b>Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2008</b>		<b>331</b>
89	10.603 Finanzkommission		
	<b>Finanzkommission; Ersatzwahl</b>		<b>332</b>
90	10.608 Gemeindebetriebekommission		
	<b>Gemeindebetriebekommission; Ersatzwahl</b>		<b>333</b>
91	10.612 Planungskommission		
	<b>Planungskommission; Ersatzwahl</b>		<b>334</b>
92	10.613 Polizeikommission		
	<b>Polizeikommission; Ersatzwahl</b>		<b>335</b>
93	62.804 Beschäftigungsprogramm Allgemeines		
	<b>Arbeitsmarktliche Massnahmen Ittigen (AMI): Schaffung von vier Beschäftigungs- und Integrationsplätzen für Personen und Sozialhilfe; Kreditbewilligung</b>		<b>336</b>
94	10.372 Motionen		
	<b>Überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesse- rung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren; Begründung</b>		<b>339</b>
95	10.373 Postulate 40.144 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)		
	<b>Postulat der FORUM-Fraktion betreffend Bernstrasse-West: Verbesse- rungen im Rahmen der Belagserneuerung; Begründung</b>		<b>347</b>
96	M Mitteilungen		
	<b>Missbrauch von Sozialhilfegeldern; Orientierung des Gemeinderats</b>		<b>353</b>

97	10.372 Motionen 40.1218 Abfallmerkblatt der Gemeinde	<b>Überparteiliche Motion betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprachen; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>355</b>
98	10.372 Motionen 30.490 Dreifachturnhalle	<b>Motion der SP-Fraktion betreffend Turnhallentrakt Dennigkofen: Die Chance für eine Dreifachturnhalle in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>356</b>
99	10.374 Interpellationen 30.111 Baugesuche	<b>Überparteiliche Interpellation betreffend was hat der Gemeinderat in Sachen Islamzentrum unternommen? ; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>358</b>
100	10.374 Interpellationen 50.299 Integration	<b>Interpellation R. Unteregger (SP) betreffend türkisch-islamisches Zentrum: Klare Spielregeln für eine gute Integration; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>360</b>
101	10.375 Einfache Anfragen 13.110 Schulkommission	<b>Einfache Anfrage R. Wagner (EVP) betreffend Interpellation vom 17. März 2005 zur Zwischenbilanz für die neue Schulkommission; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>362</b>
102	10.375 Einfache Anfragen 40.323 Signalisationen, Markierungen, Allgemein	<b>Einfache Anfrage R. Mahler (SP) betreffend Velostreifen Bernstrasse; parlamentarischer Neueingang</b>	<b>364</b>
103	10.375 Einfache Anfragen 10.1751 EURO 08	<b>Einfache Anfrage M. Mantarro (FORUM) betreffend Campinggelegenheit in Ostermundigen während der Euro 08; parlamentarischer Neueingang -sofortige Beantwortung</b>	<b>365</b>

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

**Ratspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **33** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

#### **Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

- ① Claudine Basler, Philipp Marti und Michael Meienhofer haben per 31. Dezember 2007 ihre Demission aus dem GGR eingereicht und nehmen heute Abend zum letzten Mal an der Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden aufgelegt:
  - „Horizonte“ die Zeitschrift des VRB (Ausgabe Dez. 07)
  - Flyer „Integration in der Sozialhilfe“
- ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **14. Februar 2008** statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Schützenhaus“ zum traditionellen Racletteessen. Die Pressevertreterinnen und -vertreter sind ebenfalls herzlich willkommen.

#### **Traktandenliste:**

- Traktandum Nr. 96: Orientierung des Gemeinderates  
Missbrauch von Sozialhilfegeldern (Sprecherin: Annagreth Friedli)

Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s:**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzung genehmigt.

86 P Protokoll-Genehmigungen

**Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 1. November 2007**

**Ratspräsidentin:** Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 1. November 2007 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

87 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

## **Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2008**

### ***Ratspräsident***

Als Ratspräsident des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt:

### **Peter Wegmann (FDP)**

**1. Vizepräsident Peter Wegmann (FDP)** Werte Ratskolleginnen und -kollegen, für das erweisende Vertrauen danke ich euch ganz aufrichtig. Als ich vor rund 32 Jahren nach Ostermundigen gekommen bin, hätte ich mir nie träumen lassen, dass mir hier einmal ein solch ehrenvolles Amt beschieden sein wird. Ich bin nämlich im Breitenrainquartier aufgewachsen. Später habe ich vorübergehend beruflich bedingt in Biel gelebt, wo ich auch meine Gattin - nicht eine Seeländerin, sondern eine Bündnerin - getroffen habe. Ich bin kein Einheimischer, sondern eben ein „Zugezogener“. Trotzdem fühle ich mir hier heimisch. Darum ist es für mich ein Anliegen, nebst Herzblut auch möglichst viel zum Wohlbefinden unserer Gemeinde aufzubringen bzw. beizutragen.

In jungen Jahren hat mich die Politik nicht wirklich bzw. nur am Rande interessiert. Ich habe mich vielmehr - nebst beruflichen Belangen - dem Sport zugewandt. Allem voran dem Fussball, was bis heute meine Leidenschaft bzw. eine von diversen Leidenschaften geblieben ist. Als Spieler bin ich nicht mehr so schnell bzw. eher schnell müde. Ich habe meine Energie zunehmend vom grünen Rasen in die Funktionäretagen verlegt. Die mitgetragene Fusion zum heutigen FCO war dabei eines von meinen markanteren Erlebnissen. Diese Fusion mit den Vereinen SCO und FC Rapid hat bekanntlich in Ostermundigen - zum Teil auch politisch - Geschichte geschrieben. Und vor allem offenbart, dass ein gutes Projekt mitunter Geduld, Verstand, Weitblick und Vernunft wie auch Verantwortung abverlangt.

So ist es auch in der Politik. Politiker bringen vielfach Emotionen herüber, dies kennen wir auch hier in unserem Saal. Wichtig sind aber relevante Kriterien und Sachverhalte. Die kürzlichen Kontroversen beim Projekt „Bernstrasse“ haben dies mit aller Deutlichkeit und Folgen gezeigt.

Auch im Jahre 2008 erwartet uns wiederum ein happiges Ausmass von brisanten Geschäften und wichtigen Entscheidungen. Zudem ist das 2008 bekanntlich ein Wahljahr, was - und dies absolut verständlich - von nicht unwesentlicher Bedeutung sein wird. Trotzdem wünsche ich mir, dass wir uns vermehrt einer konstruktiven Sachpolitik zuwenden und in diesem Sinne parteipolitische Zwängereien nach Möglichkeit hinten anstellen. Letzten Endes sind wir ja nicht einfach so gewählt worden, sondern verbunden mit der Erwartungshaltung, dass wir als Volksvertretung die gestellten Aufgaben nach bestem Wissen, aber auch mit Verstand und Verantwortungsbewusstsein bewältigen. Unter diesem Aspekt sehe auch ich die nun an mich - mit eurer Wahl - gestellten Erwartungen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

Meine Vorgängerin, Marianne Neuenschwander, hat diesen Job bestens vollbracht. Liebe Marianne, auch wenn du mit deinen gefällten Stichentscheiden bei mir nicht eitle Freude ausgelöst hast - dies gehört nun mal zu unserer demokratischen Grundordnung - ich danke und gratuliere dir dazu.

Im Grunde genommen ist eine Wahl zum Ratsvorsitzenden nicht wirklich so bedeutungsvoll. Denn schlussendlich ist man ja objektiv betrachtet froh, jemanden gefunden zu haben, welcher diesen Job ausführt. Trotzdem, ich sehe das nicht so. Für mich bedeutet dies eine grosse Ehre, eine Vertrauenserweisung, aber auch ein Auftrag verbunden mit Verantwortung. Um dieser Aufgabe und Verantwortung gerecht werden zu können, brauche ich aber auch eure Unterstützung und Mithilfe. Deshalb bitte ich euch schon heute um folgendes:

- Es macht Sinn, wenn ihr euch am Rednerpult möglichst prägnant und kurz fassen könntet. Mir ist völlig klar: Ein Minusrekord punkto Protokollseiten wird in einem Wahljahr praktisch unmöglich sein. Trotzdem: Bekanntlich liegt „die Würze in der Kürze“ und kürzere Sitzungen wären sicher ein Anliegen von uns allen.
- Anträge sind schriftlich und vor allem lesbar zu deponieren.
- Einfache Anfragen sind möglichst direkt und bilateral via Verwaltung zu erledigen.

Und vor allem auch: Belastet unsere Verwaltung nicht über Gebühr mit unnötigen und weniger wichtigen Sachen. Ich will nicht schulmeistern, aber letzten Endes können wir auch so Geld sparen und Energien und Synergien besser nutzen.

In diesem Sinne, werte Damen und Herren, nehme ich die Wahl an und danke für das entgegen gebrachte Vertrauen. Und jetzt, liebe Marianne, übergebe ich wieder dir das Zepter. Du hast es verdient, deine letzte Sitzung als Präsidentin noch in vollen Zügen geniessen zu dürfen.

**Ratspräsidentin:** Besten Dank Peter für deine markanten Worte. Wir können mit den Wahlgeschäften weiterfahren.

**1. Vizepräsident**

Als 1. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der EVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Bruno Schröter (EVP)**

**2. Vizepräsidentin**

Als 2. Vizepräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Lucia Müller (SVP)**

**Zwei Stimmzählende**

Als Stimmzählerin des GGR wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Maria Anna Baumann (SP)**

Als Stimmzähler des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Markus Truog (SVP)**

**Ratspräsidentin:** Ich gratuliere allen ins Ratsbüro gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier ganz herzlich zu ihrer Wahl.

88 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)  
**Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2008**

***Präsident***

Auf Vorschlag der SP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für das Jahr 2008 wird als Präsident der GPK gewählt:

**R u d o l f K e h r l i ( S P )**

***Vizepräsident***

Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für das Jahr 2008 wird als Vizepräsident der GPK gewählt:

**E d u a r d R i p p s t e i n ( C V P )**

89 10.603 Finanzkommission

**Finanzkommission; Ersatzwahl**

1

Auf Vorschlag der SP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Christian Zeyer (SP) wird Norbert Riesen (SP), Winkelweg 2, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab 1. Januar bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

---

<sup>1</sup> Christian Zeyer (SP) nimmt ab 18.20 Uhr an der Sitzung teil. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

90 10.608 Gemeindebetriebekommission

**Gemeindebetriebekommission; Ersatzwahl**

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für die zurückgetretene Martine Zwygart (SVP) wird Marianne Landolf (SVP), Wiesenstrasse 60, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab 1. Februar bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Gemeindebetriebekommission gewählt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

91 10.612 Planungskommission

**Planungskommission; Ersatzwahl**

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Philipp Marti (FDP) wird Rolf Rickenbach (FDP), Bachstrasse 16, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab 1. Januar bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Planungskommission gewählt.

92 10.613 Polizeikommission

**Polizeikommission; Ersatzwahl**

Auf Vorschlag der SD-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Oliver Bleitzhofer (SD) wird Thomas Christen (SD), Bernstrasse 70, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab 1. Januar bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Polizeikommission gewählt.

93 62.804 Beschäftigungsprogramm Allgemeines

**Arbeitsmarktliche Massnahmen Ittigen (AMI): Schaffung von vier Beschäftigungs- und Integrationsplätzen für Personen und Sozialhilfe; Kreditbewilligung**

**Ratspräsidentin:** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Das AMI ist bildlich gesprochen eine notwendige Reparaturwerkstätte unserer Leistungsgesellschaft und des heutigen Arbeitsmarktes. Die Einrichtung besteht seit dem Jahre 1983. Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die beantragten vier Zusatzplätze, welche aus gemeindeeigenen Mitteln finanziert werden.

Eine kleine Minderheit der Fraktion hegt Bedenken gegen diese Aufstockung. Gegenüber diesem zweiten Arbeitsmarkt wird ein gewisses Unbehagen ins Feld geführt. Der Nutzen solcher Beschäftigungsmassnahmen sowie die Motivation der Teilnehmenden wird in Frage gestellt. Es ist unbestritten, dass ein Mangel an solchen Arbeitsplätzen besteht. Trotz blühender Wirtschaftslage gibt es immer mehr Personen, welche aus verschiedensten Gründen nur mit grosser Mühe auf den Arbeitsmarkt zurück finden. Auch andere Gemeinden setzen zusätzliche und nicht über den Lastenausgleich finanzierte Mittel ein und stellen zusätzliche AMI-Plätze zur Verfügung.

Die vier zusätzlichen Beschäftigungs- und Integrationsplätze sind keine normalen Arbeitsplätze, welche über den Lastenausgleich finanziert werden. Die Gemeinde Ostermundigen beabsichtigt, eine gezielte Nutzung der durch die Gemeinde finanzierten Arbeitsplätze. Primär soll die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Personen, welche die Sozialhilfe beanspruchen, untersucht werden. Personen mit fehlender Leistungsbereitschaft können sofort eruiert werden. Diese können juristisch mit den Instrumenten der Sozialhilfe sanktioniert werden. Hier handelt es sich um ein Element der Missbrauchsbekämpfung, welches von der SVP-Fraktion grundsätzlich begrüsst wird.

Die jährlich wiederkehrenden Kosten von rund Fr. 64'000.-- sind im Verhältnis zum zu erwartenden Nutzen vertretbar und sinnvoll eingesetztes Geld.

**Philippe Gerber (EVP):** Die EVP-Fraktion unterstützt das Geschäft. Ich arbeite täglich mit jungen Menschen zusammen, welche häufig nicht im ersten Arbeitsmarkt Platz finden. Die Erfahrungen zeigen, dass der eingeschlagene Weg der Gemeinde Ostermundigen der Richtige ist. Diesen Personen muss eine Chance geboten werden, im Arbeitsmarkt einen Platz zu finden. Ein geregelter Arbeitstag entfällt, wenn jemand von der Sozialhilfe abhängig ist.

Wir haben lange zugewartet. Es gibt Gemeinden, welche bereits die Vorreiterrolle übernommen haben. Es ist an der Zeit, dass die Gemeinde Ostermundigen sich ebenfalls aktiv beteiligt.

**Philipp Marti (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft sowie sämtliche Massnahmen, die zur Wiederintegration von geregelten Tagesabläufen und Arbeitsplatzmassnahmen führen. Längerfristig handelt es sich hier um sehr gut investiertes Geld. Der « Return of Invest » wird in der Botschaft ausgewiesen.

Ein kleiner Wermutstropfen muss dennoch erwähnt werden. An der letzten Sitzung wurde lange über das Budget mit einem grösseren Defizit diskutiert. Wir finden es unschön, dass bereits an der nächsten Sitzung das Parlament über einen Nachtragskredit zu entscheiden hat. Das Geschäft hätte bereits in das Budget integriert werden können.

**Michael Meienhofer (FORUM):** Auch das FORUM unterstützt dieses Geschäft. Personen, welche dieses AMI-Angebot benötigen, finden in der „normalen Arbeitswelt“ oftmals keinen Platz. Die Bundesverwaltung kennt solche Plätze schon seit längerer Zeit. Personen mit körperlichen oder physischen Defiziten können mit solchen Angeboten in die Arbeitswelt integriert werden. Ich selber durfte mit einem solchen Arbeitskollegen zusammenarbeiten. Die Erfahrungen waren durchwegs positiv. Schön wäre es, wenn die Gemeinde Ostermundigen bei der Stellenbewirtschaftung auch solche prozentuale Jahresarbeitsplätze anbietet.

**Claudine Basler (SP):** Es ist super, so viele positive Rückmeldungen zu hören. Ich möchte bezüglich Prävention noch anmerken, dass die Warteliste mit Personen gefüllt ist, welche die Bereitschaft zum Arbeiten hätten, diese jedoch nicht abholen können. Mit der Beschränkung der Einsatzzeit von drei bis sechs Monaten (deutlich kürzer als bei den konventionellen Plätzen) kann vielen Personen geholfen werden, ihre persönliche Bereitschaft zur Wiederintegration abzurufen. Die Tagesstruktur mit Wertschätzung erfahren und selbstbestimmtem Lebensablauf führen zu können, wird diesen Personen wieder gewährt. Die Motivation kehrt zurück und die produktiven und konstruktiven Beiträge an die Allgemeinheit werden geliefert. Die hohen menschlichen Aspekte und die ethische Seite fordern die Schaffung dieser Beschäftigungsplätze. Hier schafft die Gemeinde Ostermundigen ebenfalls einen Beitrag zum Standortmarketing.

**Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP):** Besten Dank für die Unterstützung unseres Antrages. Es ist uns ein grosses Anliegen, diese vier zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen. Vom AMI wird ein separates Controlling geführt. Wir werden bemüht sein, die Plätze mit Personen zu belegen, welche in der Arbeitswelt eine Chance haben. Ein strenger Personenwechsel wird deshalb unumgänglich sein.

**Ratspräsidentin:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Für die Finanzierung von 4 Jahresarbeitsplätzen für Beschäftigungs- und Integrationsmassnahmen von Personen aus Ostermündigen, welche Sozialhilfe beziehen, wird zu Lasten der laufenden Rechnung ein jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 64'000.-- bewilligt.
2. Für den Voranschlag 2008 wird ein Nachkredit von Fr. 64'000.-- zu Lasten des Kontos 750.365.50 bewilligt.

94 10.372 Motionen

**Überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren; Begründung**

**Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein „Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren“ vorzulegen. Darin sind Massnahmen und Instrumente zu entwickeln, wie Haus- und Grundeigentümer im Dialog davon überzeugt werden können, den heutigen Bestand zu erhalten und zu verbessern.*

**Begründung**

*In sämtlichen Dokumenten, die sich mit der Zukunft Ostermundigens befassen, verweist der Gemeinderat immer wieder auf den neuen Wohnraum, der in den nächsten Jahren in der Gemeinde entstehen wird. Das ist mit Blick auf die finanzielle Entwicklung verständlich, da Neuüberbauungen erfahrungsgemäss steuerkräftige Bürgerinnen und Bürger anziehen.*

*Nur: Für eine gesunde Entwicklung unserer Gemeinde sind nicht nur die Neuüberbauungen wichtig (deren Realisierung zum Teil noch in den Sternen steht). Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung wohnt und lebt in den bestehenden Quartieren. Dies wird auch weiterhin so bleiben. Und das heisst mit anderen Worten: Entscheidend für die Zukunft wird neben der Frage der Neuüberbauungen auch sein, was in diesen Gebieten passiert.*

*Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung, finanzielle Ertragskraft und Image der Gemeinde: All dies hängt wesentlich auch davon ab, in welchem Zustand sich die Liegenschaften, Wohnungen, Grün- und Erholungsräume in den bestehenden Quartieren befinden. Dies ist auch in den beiden Bevölkerungsforen zum Ausdruck gekommen, in denen sich der Begriff der Durchmischung quasi zu einem Leitgedanken für die künftige Planung herauskristallisierte.*

*Das Denken des Gemeinderats ist noch allzu stark auf die Neuüberbauungen fixiert. Mit der Forderung nach einem „Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren“ wollen CVP und EVP Gegensteuer geben. Wir sind uns bewusst, dass die öffentliche Hand nur wenige Möglichkeiten hat, Immobilienbesitzern Vorschriften zu machen, in welchem Zustand sie ihre Liegenschaften halten sollen. Deshalb meinen wir, dass die Gemeinde verstärkt den Dialog mit den Eigentümern suchen und sie überzeugen müsste, wie wichtig ihr Beitrag zur Verbesserung der Attraktivität der Gemeinde ist. Nicht zuletzt würden auch die Besitzerinnen und Besitzer von einer solchen Initiative profitieren, da eine vernachlässigte Liegenschaft immer negativ auf ihre Nachbarschaft ausstrahlt.*

**Synes Ernst (CVP):** Ich bitte den Rat um die Unterstützung und Überweisung der vorliegenden Motion an den Gemeinderat. Wir alle haben in den letzten Tagen ein Mail des Gemeindeplaners Walter Wirz erhalten mit dem Hinweis auf die Gemeindehomepage ([www.wohnterrassen.ch](http://www.wohnterrassen.ch)). Ich habe mich auf dieser Seite eingeloggt. Auf dieser wunderbaren Homepage läuft ein Film mit Rundblick ab dem Swisscomhochhaus ab. Verborgene bleibt Ostermundigen. Das bestehende Ostermundigen wird nicht gezeigt.

Es besteht kein Zweifel, dass Neuüberbauungen für unsere Bevölkerungsstruktur wichtig sind. Aber die Mehrheit der Bevölkerung von Ostermundigen wohnt und lebt in den bestehenden Quartieren. Diese wurden in den 50er, 60er, 70er und 80er Jahren errichtet. Die Steuerzahlenden wohnen hier. Diesen bestehenden Quartieren muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Zustand der Quartiere und deren Liegenschaften mit den Wohnungen gibt viel über die Zusammensetzung der Bevölkerungsschichten Auskunft. Die Beeinflussung der Bevölkerungszusammensetzung ist hier gross. Wenn die Quartiere und Liegenschaften verlottern, tritt in der Bevölkerung automatisch eine Strukturveränderung ein.

Den Hauseigentümern und Investoren kann nicht vorgeschrieben werden, wann und wie sie ihre Liegenschaften inkl. Umgebung zu unterhalten und zu sanieren haben. Die Schweiz kennt die Eigentumsfreiheit. Der Wohnungsmarkt funktioniert. Bereits in der Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass die vorliegende Motion nur wenig konkret sei. Wir können jedoch keine Vorschriften erlassen. Zuerst muss ein Ziegel vom Dach fallen, bis die Baupolizei vor Ort auf den fehlenden Liegenschaftsunterhalt verweisen kann. Wir setzen in unserer Motion auf den Dialog. Es ist wichtig, dass die Hauseigentümer dauernd auf die Wichtigkeit der Sanierung und den Unterhalt der Liegenschaften aufmerksam gemacht werden. Eine Pflege ist wichtig für die Gemeinde und die Quartiere.

Es könnte auch verlangt werden, dass seitens der Gemeinde Anreize geschaffen werden. Doch diese möchte ich nicht in die Motion einbringen. Ich setze auf den Dialog Gemeinde/Hauseigentümerschaft sowie auf die Vernunft der Investoren und Liegenschaftsbesitzenden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Motionäre weitgehend, wir erlauben uns aber darauf hin zu weisen, dass der Gemeinderat schon bisher sein Augenmerk nicht ausschliesslich auf die Neubaugebiete gerichtet hat.

Zur Zeit ist eine Baureglementsänderung in der Vernehmlassung. Es handelt sich um den so genannten Nutzungsbonus. Falls die Bauherrschaft den aktuell gültigen Minnergiestandard erfüllt oder mindestens 75 % des Wärmebedarfes für Heizung und Warmwasser mit erneuerbaren Energien abdeckt, wird die zulässige Bruttogeschossfläche um 10 % erhöht. Dieser Artikel gilt in allen Zonen, nicht nur in den Neubaugebieten. Deshalb geht es bei dieser Bestimmung nicht „nur“ um die Förderung erneuer-

erbarerer Energien. Die Bestimmung stellt gleichzeitig einen Anreiz zur Erneuerung bestehender Quartiere dar.

Im Jahr 2003 ist eine Bestimmung ins Baureglement aufgenommen worden, die den Ausbau von Dachgeschossen ermöglicht. Gemäss dieser Bestimmung kann bei Gebäuden, die vor 1995 erstellt worden sind, das Dachgeschoss ohne Einschränkung durch die Ausnützungsziffer ausgebaut werden. Das stellt einen Anreiz zur Erneuerung bestehender Gebäude dar.

Weiter ist das neue Energiekonzept erwähnenswert, das die Idee vom „Anreize schaffen“ ebenfalls aufnimmt. Bei der Minergie-Messe, die im November stattgefunden hat, hat die Energiekommission eine Führung für interessierte Hauseigentümer durchgeführt. Erwähnen möchte ich weiter die Initiative, die von der Gemeinde beim Prozesswasserverbund Bachstrasse oder bei der Energievision Mösli ergriffen worden ist.

Das sind Beispiele, die zeigen, dass der Gemeinderat schon bisher die Anliegen der Motionäre ernst genommen hat. Der Gemeinderat ist auch weiterhin daran interessiert, die möglichen Massnahmen im Sinne der Motion auszuloten und umzusetzen. Allerdings ist er der Auffassung, dass es für diesen Zweck kein neues Konzept braucht. Wir haben schon etliche Konzepte, z. B. das bereits erwähnte Energiekonzept; das kann einen Teil der Anliegen aufnehmen. Wir arbeiten weiter am Ortsentwicklungskonzept, bei dem planerische Massnahmen im Sinne des Vorstosses aufgenommen werden können. Nicht zuletzt ist das Verkehrskonzept zu erwähnen. Auch in diesem Rahmen können Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren diskutiert und beschlossen werden.

Aus Sicht des Gemeinderats braucht es deshalb kein weiteres Konzept. Deshalb beantragen wir, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

**Peter Wegmann (FDP):** Die Stossrichtung dieser Motion vereinbart sich klar mit den Erkenntnissen und Bestrebungen unserer Fraktion. Es ist absolut richtig und zutreffend: Zur angestrebten finanziellen Ertragskraft, wie auch einem Bevölkerungszuwachs wird nicht nur neuer, zusätzlicher und attraktiver Wohnraum benötigt. Auch eine Vielzahl von teils verlotterten und damit sanierungsbedürftigen Altliegenschaften - verbunden mit knapp bedarfsgerecht erfüllten Lebens- bzw. Wohnbedürfnissen und damit abfolgend unter der Usanz liegenden Mietzinsen - offenbaren dringenden Handlungsbedarf. Zumal sich diese Situation für unsere Gemeinde alles andere als „imagefördernd“ erweist.

Zudem ist dies objektiv betrachtet auch die Hauptursache unserer aktuell ungünstigen Bevölkerungsdurchmischung. Was unserer Gemeinde zwangsläufig überdotierte Sozialpflichten und fehlende Finanzertragskraft beschert. Zumal sich der Lastenausgleich für uns ja nur zum Teil auswirkt.

Dass wir in unserer Gemeinde auch preisgünstigen Wohnraum auf Mietbasis benötigen, liegt auf der Hand. Bekannt ist aber auch - und dies ist nicht unbedingt „das Gelbe vom Ei“ - dass bei den neuen Bauvorhaben ein grosser Anteil von Wohneigen-

tum vorgesehen ist. Die bislang bekannten Szenarien belegen diesen Sachverhalt. Dies gehört zum heutigen Trend. Nicht nur aufgrund von Konsumentenbedürfnissen, sondern auch durch den Sachverhalt, dass sich Investoren (aus welchen Gründen auch immer) nach möglichst schnell veräusserbaren Objekten orientieren.

Fakt ist aber, dass wir zu einer kurzfristig positiven Entwicklung unserer Gemeinde beides benötigen. Lukrative, im Preissegment marktgerechte Mietwohnungen, wie auch Angebote für Wohneigentumsinteressenten und dies in einem ausgewogenen Verhältnis. Folglich machen Bestrebungen zu Sanierungen von Altbauliegenschaften auch aus dieser Sicht durchaus Sinn.

Für unsere Begriffe präsentiert sich aber der formulierte Auftrag bei dieser Motion als zu wenig konkret. Um Haus- und Grundeigentümerschaften zum Vollzug von solchen Massnahmen erfolgsversprechend überzeugen zu können, sind letzten Endes vorab klare Anreize und dementsprechend motivierende Vorgaben matchentscheidend. Nur so „plöiderle“ genügt sicher nicht! Ich zweifle zwar nicht, dass unsere Exekutive dies ebenso erkennt. Dennoch macht es nach unserer Auffassung Sinn, diesen vorliegenden Motionstext konkreter darzulegen. Ich stelle daher den **Änderungsantrag (Nr. 1)** auf folgende Textänderung bzw. Neufassung:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept zur Erhaltung und Verbesserung von Altbauliegenschaften und Wohnungen sowie zur Förderung der Lebensqualität in allen Quartieren zu erarbeiten.*

*Insbesondere sind im Hinblick von erfolgreich anzustrebenden Dialogen mit Haus- sowie Grundeigentümerschaften konkrete Modelle und rechtskräftige Vorgaben zu entwickeln und vorzulegen. Modelle, welche sich in Zusammenhang von steuerrechtlich mitverbundenen Privilegien klar erkennbar einsparend und damit motivierend präsentieren. Ebenso ist auf mitverbundene mögliche Subventionsbeiträge hinzuweisen. Gemäss kantonal wie auch eidg. obliegenden Verordnungen. Zudem sind allenfalls tragbar mögliche und somit mitmotivierende Zusatzangebote von unserer Gemeinde zu prüfen.*

Die Zielsetzung dieser Motion ist vom Grundsatz her - wie eingangs erwähnt - zweifelsohne richtig. Zur Umsetzung verbindet sich aber eigentlich „Marketing pur“. Zumal zur Erfüllung eines Anliegens letzten Endes nicht nur Forderungen, sondern ebenso relevante Gegenleistungen gefragt sind. Oder mit anderen Worten: Mit dem Wollen alleine ist es nicht getan. Man muss auch etwas anbieten. Folglich bedingt ein Auftrag zur bezweckten Umsetzung dieses Anliegens auch klare und konkrete Vorgaben. Mit lediglich vagen Forderungen alleine wie vorliegend kann mit Sicherheit nichts erreicht werden. Ich spreche hier nicht von einem Konzept, sondern von einem Modell. Die Modellberechnungen sind relativ einfach. Wir wissen, was subventioniert wird. Viele Liegenschaftsbesitzende und Grundeigentümerschaften sind sich dessen gar nicht bewusst. Diese müssen vielleicht einmal darauf angesprochen werden - der Dialog macht durchaus Sinn. Ein teures Konzept ist hier nicht gefragt.

In diesem Sinne bitte ich die Motionäre wie auch den Rat, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

**Regula Unteregger (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion. Es scheint uns wichtig, dass sich die Entwicklung der Gemeinde nicht nur auf die Neubaugebiete abstützt. Auch die bestehenden Quartiere sind in den Fokus aufzunehmen. Die Ideen und Anliegen aus dem Bevölkerungsforum sind bei diesem Geschäft einfließen zu lassen. Das in der Motion erwähnte Konzept erachten wir als ziemlich umfassend. Die Motion soll eine Übersicht über zu ergreifende oder anzubietende Massnahmen offen legen. Ob ein neues Konzept oder eine Zusammenstellung der bereits bestehenden Konzepte erstellt werden, scheint uns nicht matchentscheidend zu sein.

Neben den im Fokus liegenden Liegenschaften sind auch die Bereiche „Grün“ und „Erholungsräume“ in den Massnahmenkatalog einfließen zu lassen. Der Begriff „Lebensqualität in allen Quartieren“ soll im Konzept aufzeigen, bei welchen Themen und Leistungsbereichen die Gemeinde in „Quartierstrukturen“ denkt und plant.

Zu den Massnahmen möchte ich erwähnen, dass primär mit Überzeugungsarbeit vorgegangen werden muss. Es kann sich durchaus lohnen, mit Wertschätzungen, mit Informationen und Vorschlägen über bereits heute bestehende Möglichkeiten den Dialog mit den Liegenschaftsbesitzenden und ortsansässigen Gewerbebetreibenden zu suchen. Vielleicht können auch immaterielle Anreize angeboten werden. Bei den finanziellen Anreizen sind zwei Varianten vorstellbar. Diese können im Rahmen des vorzulegenden Konzeptes geprüft und vorgelegt werden. Subventionen für Liegenschaftssanierungen werden politisch sicher bestimmt einige Fragen aufwerfen. Wer wird begünstigt und wer nicht? Ich verstehe die Motionäre, dass in dieser Hinsicht gewisse Zurückhaltung geboten ist.

Die Motion verpflichtet den Gemeinderat ein Konzept oder eine Übersicht über mögliche Massnahmen zu präsentieren. Ein Postulat verpflichtet den Gemeinderat nur weitere Massnahmen zu prüfen. Inhaltlich ist dies nicht das Gleiche. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die vorliegende Motion.

**Walter Bruderer (FORUM):** Auch das FORUM unterstützt den vorliegenden politischen Vorstoss. Ob dieser die Form einer Motion oder eines Postulates trägt, ist uns egal. Wichtig ist, dass der Gemeinderat im Sinne der Motionäre handelt. Die Gemeinde Ostermündigen ist aufgefordert, eine gewisse Vorbildfunktion zu übernehmen. Die ehemaligen Gemeindeliegenschaften am Rütliweg wurden letztthin an die Gebäudeversicherung verkauft. Der Verkauf musste vorgenommen werden, da es die Gemeinde verpasst hat, rechtzeitig Rückstellungen für die Liegenschaftssanierungen vorzunehmen. Letzthin haben wir hier im Rat auch über die Erschliessung der Aussenquartiere diskutiert und vom Gemeinderat vernommen, wieso auf eine zusätzliche Erschliessung verzichtet werden soll. Die Gemeinde hat aber auch in dieser Beziehung eine Vorbildfunktion zu tragen.

**Peter Wegmann (FDP):** Ich kann die Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht unterstützen. Hier ist die Motion das richtige Mittel zum Zweck. Das Geschäft kann nicht auf die „lange Bank“ geschoben werden.

**Norbert Riesen (SP):** Die Lebensqualität zu fördern, liegt im Interesse sämtlicher Ortsparteien und stellt eine Daueraufgabe für die Behörden sowie aller Bürgerinnen und Bürger von Ostermündigen dar. Die Aspekte der Liegenschaften und Wohnungen sollen mit der Motion ins Zentrum gestellt werden. Mir stellt sich eine Verständnisfrage: Ist es richtig, Peter Wegmann, dass der Änderungsantrag als zusätzlicher Motionswortlaut zu verstehen ist?

Inhaltlich kann über zwei Dinge diskutiert werden. Einerseits die vorliegende Motion von Synes Ernst, welche durch unsere Fraktion unterstützt wird und andererseits stellt sich die Frage, ob bei diesen Vorstössen auch die wirtschaftlichen Aspekte geprüft werden sollen. Es wäre sinnvoll, diese Frage heute Abend zu klären. Dem Gemeinderat würde dadurch die Aufgabe erleichtert.

Der langfädige Abänderungsantrag könnte zusammengefasst wie folgt lauten: *... wie Haus- und Grundeigentümer im Dialog und mit wirtschaftlichen Anreizen davon überzeugt werden können...* Ist politisch primär der Dialog zu suchen oder sollen auch konkrete wirtschaftliche Anreizmodelle geprüft werden? Eine Klärung ist notwendig.

**Synes Ernst (CVP):** Besten Dank für die Unterstützung der vorliegenden Motion. Jetzt geht es um zwei verschiedene Modelle. In meinem Motionstext habe ich primär den „Dialog“ gemeint. Ich glaube an die Kraft des Wortes resp. Gespräches. Wenn eine Liegenschaft verlottert, verliert die Liegenschaft an Wert. Es muss eine Idee entwickelt werden, wie der Gemeinderat mit den Liegenschaftsbesitzenden vielleicht primär mit einem Schreiben und anschliessend in Gesprächsform die Anliegen aufzeigt. Wenn diese Vorgehen keine Wirkungen zeigen, kann anschliessend mit Anreizmodellen versucht werden, eine Wirkung zu erzielen. Diese Förderungsmassnahmen bestehen bereits heute auf Bundes- und Kantonebene. Momentan wird von der Steuerverwaltung die „Dumont-Praxis“ abgeschafft. Das wird einen weiteren Schub für Liegenschaftssanierungen auslösen.

Ich bin überrascht, dass der Antrag für Anreize von Seiten FDP vorgetragen worden ist. Es lohnt sich, über das Konzept von wirtschaftlichen Anreizen zu diskutieren. Wir könnten den Motionstext auch abändern in *...Darin sind Massnahmen und Instrumente zu prüfen, wie Haus- und Grundeigentümer im Dialog davon überzeugt werden können, den heutigen Bestand zu erhalten und zu verbessern. Zu prüfen sind auch wirtschaftliche Anreize.* Mit dieser Ergänzung könnte ich mich einverstanden erklären. Hier handelt es sich um eine Prüfung und es wurde noch nichts bestimmt. In der Motion wird der Gemeinderat zum Handeln verpflichtet. Im Sinne der SP wie der FDP bin ich bereit, die „wirtschaftlichen Anreize“ in den Wortlaut aufzunehmen. Der Wortlaut ist wie folgt abzuändern:

*...im Dialog davon überzeugt werden können, den heutigen Bestand zu erhalten und zu verbessern. Zu prüfen sind auch wirtschaftliche Anreize.*

**Peter Wegmann (FDP):** Ich kann die Hinweise der Vorredner Norbert Riesen und Synes Ernst unterstützen. Mir stellt sich einzig die Frage der Umsetzung. Vielleicht noch zur Richtigstellung: Die FDP setzt sich primär für die Wirtschaftsförderung ein. Wirtschaftsförderung und Marketingmassnahmen sind eng verbunden. Ich habe bereits in meinem Eingangsvotum über den Ablauf von „Marketing pur“ gesprochen. Soll etwas verkauft oder animiert werden, bedingt dies gewisse Anreize. Nicht der Marktschreier oder der Hausierer sind gefragt; wir befinden uns hier eindeutig in einer anderen Liga.

Mit der Abänderung des Motionstextes, wie von Synes Ernst vorgeschlagen, können wir durchaus leben. Die Ziellinie ist gut; ein Postulat können wir jedoch nicht unterstützen.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich möchte mich noch als Privatperson und nicht als SVP-Vertreter zum Thema äussern. Mir ist die Stossrichtung der Motion sympathisch. Doch ich zweifle an deren Umsetzbarkeit. Die finanziellen Anreize zugunsten der Grundeigentümerschaften lösen bei mir keine Glücksgefühle aus. Es ist falsch, Personen, welche nicht am „Hungertuch nagen“, noch finanziell zu unterstützen, damit sie ihre Liegenschaften unterhalten können. Ich kann mit den wirtschaftlichen Anreizen leben, so lange sich die Gemeinde nicht finanziell beteiligen muss, und dies mit Bundes oder kantonalen Subventionsbeiträgen geschieht.

**Norbert Riesen (SP):** Was sind wirtschaftliche Anreize überhaupt? Für mich gibt es auch Modelle, welche unter dem Strich nicht mehr kosten als vorher. Beispiel: Wenn die Motorfahrzeugsteuer nach neuen Kriterien organisiert wird, heisst das noch lange nicht, dass die Motorfahrzeugsteuereinnahmen höher ausfallen werden als vorher. Anreiz kann auch im Sinne von Lenkungsabgaben (Stichwort CO<sub>2</sub>-Abgabe) erfolgen. Das Verhalten wird belohnt, welches aus der Sicht der Gemeindeentwicklung mehr Sinn macht. Ich spreche nicht von Subventionen. Eine Förderung zugunsten der Gemeinde scheint legitim zu sein.

**Walter Bruderer (FORUM):** Die letzten Voten haben auch bei mir Fragezeichen ausgelöst. Wer befürwortet nicht die Wirtschaftsförderung? Es wird kaum jemand gegen die Wirtschaftsförderung sein. Die Aussage des Gemeindepräsidenten zum Baureglementsartikel 57 a betreffend energiegerechtem Bauen kann ich unterstützen. Für die Sanierung der Rüti-Liegenschaften stellt die Wohnbaugenossenschaft jährlich gewisse finanzielle Beiträge ein. Diese Sanierungsbeträge werden bereits heute steuerlich begünstigt. Prämien und Anreize sollten nicht „à discretion“ ausgesprochen werden. Wer als Vorbild eintreten soll, hat als Vorbild in Erscheinung zu treten - ob Liegenschaftsbesitzer oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle. Mit dem zusätzlichen Motionswortlaut bekunde ich Mühe.

Die Energieseite in der Bantiger Post wird vorbildlich publiziert. Die Liegenschaftsbesitzenden sind von Seiten Gemeinde mit den entsprechenden Empfehlungen anzuschreiben. Dieser Weg ist sinnvoll.

**Regula Unteregger (SP):** Die Motion mit dem abgeänderten Wortlaut von Synes Ernst kann überwiesen werden. Wir müssen nicht bereits heute über mögliche Anreize diskutieren. Der Gemeinderat erhält den Auftrag, dem GGR gewisse Vorschläge zu unterbreiten. Bestehende Anreize in Form von Konzepten sind ebenfalls offen zu legen. Die Umsetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt hier im Rat diskutiert.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Begründung für eine Umwandlung in ein Postulat habe ich bereits abgegeben. Der Rat will einer Umwandlung nicht zustimmen. Es stellt sich nun die Frage, was ein Konzept ist und was nicht. Das Verkehrskonzept ist sehr weit reichend und hat Richtplancharakter. Ein solches Konzept wird nicht verlangt. Vielmehr soll der Gemeinderat seine Ideen und Absichten darlegen und dies in Berichtsform. Ein umfangreiches Konzept (analog Energiekonzept) ist nicht notwendig. Der Gemeinderat wird die einfachere Form resp. Vorgehensweise weiter verfolgen.

**Ratspräsidentin:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der ergänzte Wortlaut der Motion lautet neu wie folgt:

*Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein „Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren“ vorzulegen. Darin sind die Massnahmen und Instrumente zu entwickeln, wie Haus- und Grundeigentümer im Dialog davon überzeugt werden können, den heutigen Bestand zu erhalten und zu verbessern. Zu prüfen sind auch wirtschaftliche Anreize.*

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 28 zu 4 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren wird begründet, ergänzt, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

95      10.373      Postulate  
         40.144      Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

**Postulat der FORUM-Fraktion betreffend Bernstrasse-West: Verbesserungen im Rahmen der Belagserneuerung; Begründung**

**Wortlaut**

*Im Rahmen der Belagserneuerung hat der Gemeinderat zu prüfen, wie die Bernstrasse-West durch wenig problemloses Grün verschönert und die Sicherheit der heutigen Strasse verbessert werden können, ohne den Verkehrsfluss zu beeinträchtigen.*

**Begründung**

*Auch im Rahmen der „Nur-Belagserneuerung“ erachten wir es als möglich, das Bild der Strasse durch zusätzliches Grün problemlos aufzulockern. Desgleichen dürfte es auch möglich sein, einige dem Ist-Zustand zugeschriebene Risiken zu beseitigen bzw. zu verringern. Als absolute Kostenobergrenze für sämtliche Verbesserungen stellen wir uns maximal Fr. 100'000.-- vor.*

*Da Belagserneuerungen normalerweise in der warmen Jahreszeit erfolgen, ist genügend Zeit zur Prüfung und Konkretisierung von Verbesserungsvorschlägen vorhanden.*

*Ideen:*

- *zusätzlicher Fussgängerstreifen (→ für kürzere Distanzen zum Queren der Fahrbahn)*
- *problemloses Einfahren in die „Fahrbahn fürs Parking (FP)“ (→ Stauabwehr/Verkehrsfluss)*
- *Fussgängerstreifen in der FP leicht erhöhen und dadurch besser erkennen (→ Sicherheit)*
- *Linksabbiegen aus dem FP-Bereich könnte verboten werden (→ Sicherheit)*
- *Belag der Velostreifen in beide Richtungen könnte anders gefärbt werden (→ Sicherheit)*
- *usw. usf.*

**Walter Bruderer (FORUM):** Im Rahmen der Belagserneuerung wollen wir mit diesem Postulat einfach realisierbare Verbesserungen am Ist-Zustand erreichen, einerseits um die Sicherheit zu erhöhen und andererseits zum Wohle der Augen zu wirken. Dabei legen wir grossen Wert darauf, dass dafür kein neues Projekt lanciert und die Kostenobergrenze von Fr. 100'000.-- unbedingt beachtet wird.

Anpassungen der Bernstrasse-West und der Verkehrsführung dürfen erst in Frage kommen, wenn klar ist, wie der ÖV-Knoten inner- und ausserhalb der Bahnunterführung definitiv aussieht und wie ein Tram in der Bernstrasse geführt würde. Zurzeit wissen wir nur mit Sicherheit, dass das Warten auf einen Bus oder ein Tram in der heutigen Unterführung für die Ohren, die Nase bzw. die Lunge eine Zumutung wäre.

Was denkbare Verbesserungen sein könnten, haben wir im Postulat mit ein paar Beispielen erwähnt. Wir haben die Bernstrasse nochmals angeschaut und dabei festgestellt, dass sie an mehreren Orten mit Blumen geschmückt werden könnte, zum Beispiel:

- mit Blumentrögen auf beiden Seiten der Fussgängerinseln.
- mit Blumenkisten an den Licht-Kandelabern in der Strassenmitte und neben dem nördlichen Trottoir. Heute sind mehrere Stangen mit der Weihnachtsbeleuchtung geschmückt, an einem Ort sogar mit einem Efeu-ähnlichen Strauch.
- mit Blumenkisten an den Fassaden der Hausfronten, z. B. neben den Reklametafeln/-schriften. Motivation der Hausbesitzer und -bewohner, z. B. mit einem Wettbewerb. Vom Gewerbe erwarten wir, dass es in diesem Sinne wirkt.
- mit Blumenkisten an Mauern (z. B. bei der Einfahrt zur Unterführung) oder dank einem Verzicht auf Plakatwände.
- mit Bildern oder Skizzen an Hauswänden oder an Mauern.

Selbstverständlich müssten Verschönerungen so platziert werden, damit sie weder verunstaltet noch gestohlen werden können.

Sicherheitsbezogen könnten die Velostreifen zwischen den Kreisel „Dreieck“ und „Bären“ noch vervollständigt werden. Zu prüfen ist auch, ob die heutige Strasse den Ansprüchen der Behinderten gerecht wird. Einmal mehr erwarten wir vom Gemeinderat, dass er die Wasserleitungen dort verlegt, wo sie aus Kosten- und Verkehrsgründen langfristig am sinnvollsten sind. Wichtig für uns ist aber auch, dass der mIV (motorisierter Individualverkehr) auf der Bernstrasse abgebaut wird. Der Gemeinderat muss:

- a. den Anteil der Bern-Pendler, die mit dem ÖV fahren, steigern; 10 % mehr Bevölkerung liefern vermutlich auch ca. 10 % mehr Verkehr.
- b. den Pendlerverkehr aus dem Worblental nach Bern von der Bernstrasse fernhalten.
- c. neue Wohn- und Gewerbebezonen rechtzeitig vor ihrer Inbetriebnahme mit ÖV erschliessen.
- d. den mIV aus Ostermundigen zu/von den Autobahnen nicht via Bernstrasse planen. Die Bewohnenden am Flurweg, Oberer Flurweg, Steinbruchweg und Oberfeldweg müssten u. E. via Oberfeld/Küntigrube (Dr. Zuberstrasse) zur Umfahrungsstrasse (wie bereits mehrmals vorgeschlagen).

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

Wir legen Wert darauf, dass bei der Strassensanierung auch die Bauzeit ein wichtiges Kriterium für die Auftragsvergabe ist. Es müssten allenfalls mehrere Firmen, aber unter einer Leitung bzw. Verantwortung, zum Zuge kommen.

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Der Gemeinderat ist gewillt, das Postulat entgegen zu nehmen. Wir werden die Vorschläge auf ihre Machbarkeit hin überprüfen. Blumentröge und behindertengerechtes Bauen vertragen sich nicht in jedem Fall. Mit den Liegenschaftsbesitzenden wird der Dialog gesucht. Unser Handlungsspielraum ist klein. Der Strassenquerschnitt mit Ladenstrasse ist begrenzt und lässt nicht viele Möglichkeiten offen. Angesichts der bisherigen Planungen und des Abstimmungsergebnisses vom 25. November 2007 sieht der Gemeinderat eine gewisse Notwendigkeit im Sinne des Postulates. Das Geschäft wird dem GGR zu gegebener Zeit wieder vorgelegt.

**Beat Weber (SVP):** Der Urnenentscheid hat eindeutig gezeigt, dass die Bevölkerung die bestehende Verkehrsführung an der Bernstrasse begrüsst. Der Auftrag an den Gemeinderat ist klar: Eine Belagssanierung (mit Ladenstrasse und Tempo 50) ist sofort an die Hand zu nehmen. Die SVP-Fraktion kann sich höchstens mit einem zusätzlichen Fussgängerstreifen aus sicherheitstechnischen Gründen einverstanden erklären. Auch einen andersfarbigen Veloweg können wir noch unterstützen. Sicher nicht in Frage kommen Bäume in oder entlang der Fahrbahn sowie andere verkehrsbehindernde Anlagen auf der Strasse. Der klare Volksentscheid ist ein Signal und ohne wenn und aber zu respektieren.

**Renate Bolliger (EVP):** Die EVP-Fraktion unterstützt das vorliegende Postulat. Wir sind der Meinung, dass dem Gemeinderat ein Auftrag erteilt werden muss, ein paar Massnahmen zu prüfen. Eine „nackte Belagssanierung“ darf nicht ausgeführt werden. Über die konkreten Vorschläge des FORUMS wollen wir heute nicht diskutieren. Es liegt in den Händen der Verwaltung und des Gemeinderates, das Geschäft zu überarbeiten und Lösungsmöglichkeiten darzulegen. Die Varianten werden dem GGR zu gegebener Zeit vorgestellt. Dann können wir über die einzelnen Massnahmen wieder diskutieren. Walter Bruderer gratuliere ich mit der Überweisung des Postulats zum „Retter oder Ritter der Bernstrasse“.

**Rudolf Mahler (SP):** Ich staune über Walter Bruderers Verbesserungskatalog. Wieso hat er das gute Projekt nicht unterstützt? Die Ablehnung des DOC-Projekts ist eine verpasste Chance für ganz Ostermundigen. Ohne Investitionen kann die Gemeinde keine Fortschritte erzielen. Die Gegner haben obsiegt und jetzt kann das Resultat nicht mehr korrigiert werden.

Wir von der SP-Fraktion werden das Postulat nicht bekämpfen. Es ist selbstverständlich, dass anlässlich der Belagssanierungsarbeiten alle Verbesserungsmassnahmen geprüft werden. Wirkliche Verbesserungsmassnahmen wurden jedoch bereits vom

Souverän abgelehnt. Auch kleine Änderungen werden jedoch sicher mehr als Fr. 100'000.-- Gesamtkosten generieren.

**Eduard Rippstein (CVP):** Wir von der CVP sind der Auffassung, dass das vorliegende Postulat gar nicht notwendig ist. Das Verkehrskonzept ist behördenverbindlich und muss vom Gemeinderat auch auf diesem Strassenteilstück umgesetzt werden. Trotzdem werden wir das Postulat unterstützen.

Der SVP möchten wir noch mitteilen, dass uns die Bäume nicht stören; wir fahren immer um diese herum.

**Erich Blaser (SVP):** Das Gewerbe hat das Projekt erfolgreich bekämpft. Die Umgestaltung der Bernstrasse wurde mit einer hohen Stimmbeteiligung durch den Souverän abgelehnt. Die Gewerbebetriebe haben sich nicht grundsätzlich gegen eine Verschönerung der Bernstrasse eingesetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Weihnachtsbeleuchtung vom Verein Pro Ostermundigen finanziert wird.

Ich möchte Rudolf Mahler darauf hinweisen, dass wir Parlamentsmitglieder Volksvertretende sind und den Willen des Volkes umzusetzen haben. Den Entscheid der Ablehnung haben wir zu akzeptieren. Des Weiteren möchte ich Thomas Werner danken, dass er bereit ist, das vorliegende Postulat entgegen zu nehmen. Vielleicht sollten die Tiefbaukommission und die Gewerbevertretenden sich am runden Tisch treffen und eine gute Lösung erarbeiten. Ich möchte das Tiefbauamt beauftragen, die Planungsarbeiten nicht von einem Ingenieurbüro ausführen zu lassen, sondern selber an die Hand zu nehmen.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich möchte mich zum Verkehrskonzept äussern. Das Verkehrskonzept sagt nichts Konkretes über Bäume und Mittelpflasterungen auf Strassen aus. Es ist jedoch behördenverbindlich. Der Volksentscheid ist meines Erachtens höher zu werten; das Primat der Politik gilt. Sollte das Verkehrskonzept nicht überarbeitet werden?

**Norbert Riesen (SP):** Der Entscheid des Souveräns ist allen hier im Saal bekannt. Wir müssen nicht wieder anfangen, über „Gott und die Welt“ zu diskutieren. Die Vorlage „Belagssanierung“ ist dem Parlament vorzustellen. Umgestaltungsmassnahmen werden nur sehr minimal inbegriffen sein. Damit ist die Ausgangslage klar definiert. Heute Abend können wir das Postulat ohne wenn und aber überweisen und als erledigt abschreiben.

Wenn wir nun ausgedehnt über Ortsentwicklung und Verkehrskonzept diskutieren wollen, so müssen wir das anstehende Racletteessen verschieben und dazu habe ich überhaupt keine Lust. Ich beantrage, dass Postulat zu überweisen und die Diskussion zu beenden.

**Claudine Basler (SP):** Norbert Riesen hat Hunger und absolut Recht. Doch dem Votum von Erich Blaser muss ich noch etwas anfügen. Im Präsidialjahr hast du Erich in deiner Antrittsrede bereits mit „zu grännen ☹“ begonnen. Wir können dein Vorgehen nicht gutheissen, dass du dein Ratspräsidium so schamlos ausgenützt hast! Wir haben deine Aussagen respektiert und keine despektierlichen Worte gebraucht. Von dir hätte ich ein solches Votum meinem Parteikollegen Rudolf Mahler gegenüber nicht erwartet.

**Rudolf Mahler (SP):** Besten Dank Claudine! Ich muss Erich Blaser gegenüber eingestehen, dass ich traurig über den Volksentscheid bin; aber „grännen“ tue ich deshalb noch lange nicht. Auch ob ich dann noch im Rat sitze, sehen wir nach den Gemeindewahlen 2008.

**Gemeinderat Thomas Werner (SP):** Selbstverständlich respektiert der Gemeinderat den Volksentscheid. Dem Votum von Erich Blaser betreffend Planungsbüro muss ich entgegen halten, dass das Tiefbauamt kleinere Planungen selbständig erledigen kann. Doch so komplexe Vorhaben inkl. Leitungs- und Tramführungen bedingen externe Fachkräfte. Im Projekt D.O.C. wurde die Mittelparkierung gewählt und die Tramführung war links und rechts in der Fahrbahn geplant. Die Verlegung der Wasser- und Abwasserleitungen war demnach klar. Heute sieht das Ganze anders aus und weitere Abklärungen werden unumgänglich sein.

Selbstverständlich wird der Belagssanierungskredit dem Parlament vorgestellt. Vorgängig durchläuft das Geschäft sämtliche behördlichen Instanzen. Einer Zusammenkunft der Tiefbaukommission mit den Gewerbebetreibenden steht meines Erachtens nichts im Wege.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich überlegte mir, die Fr. 100'000.-- in den Postulatstext zu integrieren. Nach reiflicher Überlegung entschied ich mich, den Betrag in der Begründung zu erwähnen. Ich hoffe sehr, dass sich der Gemeinderat an diese finanzielle Limite hält.

Dem Votum von Rudolf Mahler möchte ich noch anfügen, dass das FORUM diverse Eingaben und Vorschläge zur Umgestaltung der Bernstrasse eingebracht hat. Unsere Vorschläge gingen irgendwo verloren.

Ohne unser Postulat wäre eine ganz normale Teersanierung vollzogen worden. Das Postulat soll auf ein paar mögliche Verbesserungen aufmerksam machen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

**Ratspräsidentin:** Nach dieser ausführlichen Diskussionsrunde liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 24 zu 2 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Postulat der FORUM-Fraktion betreffend Bernstrasse-West: Verbesserungen im Rahmen der Belagserneuerung wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

96 M Mitteilungen

### **Missbrauch von Sozialhilfegeldern; Orientierung des Gemeinderats**

**Gemeinderätin Annagreth Friedli (SVP):** Ausgelöst durch die breite Diskussion über Missbrauch von Sozialhilfegeldern in den Medien hat sich auch die Sozialhilfekommission Ostermundigen mit dieser Frage eingehend auseinandergesetzt. Dabei ging es zuerst darum, den Begriff so zu klären, damit alle das Gleiche darunter verstehen.

Mögliche Missbrauchsbereiche sind:

1. Verschweigen von legalen Einkünften: Das kann von 1 Stunde pro Woche Reinigung gegen Entgelt bis zu gewerbsmässigem Betrug gehen, entsprechend muss auch differenziert und verhältnismässig sanktioniert werden.
2. Verschweigen von illegalen Einkünften aus kriminellen Handlungen, z. B. Drogenhandel. Hier sind wir auf eindeutige Hinweise der Untersuchungsbehörden und der Justiz angewiesen.
3. Verschweigen von Vermögenswerten, insbesondere Besitz und Typ und Jahrgang eines Autos oder auch nicht deklarierte Bankkonti. Eine systematische Überprüfung der gemachten Angaben ist teils nicht möglich (nicht deklarierte Bankkonti) oder wäre sehr aufwändig (Besitz von Autos verbunden mit Errechnung des jeweiligen Verkehrswertes).
4. Veränderung der Haushaltgrösse mit entsprechenden Auswirkungen auf das Sozialhilfebudget z. B. durch Zuzug eines/einer nicht Sozialhilfe beziehenden Wohnpartnerin oder Wohnpartners.
5. Weigerung ohne objektiv nachvollziehbaren Grund eine zumutbare und effektiv zur Verfügung stehende Arbeit anzunehmen oder eines Einsatzes in einem Beschäftigungs- und Integrationsprogramm.
6. Zweckentfremdung von Sozialhilfegeldern, z. B. in dem der Mietzins nicht bezahlt wird.

Die Kommission liess sich versichern, dass jeder aufgedeckte Missbrauch ausnahmslos Konsequenzen nach sich zieht. Diese bestehen in schriftlichen Schuldanerkenntnissen und Rückerstattungsverpflichtungen zu Unrecht bezogener Leistung. Zusätzlich wird je nach Situation und „Schwere“ des Missbrauches die Integrationszulage gestrichen sowie der Lebensgrundbedarf im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gekürzt. In einzelnen Fällen ist die Sozialhilfe auch schon ganz eingestellt worden. Als weitere Option bleibt die Strafanzeige. Die Kommission überzeugte sich auch, dass bei allen Sanktionen die Rechtssicherheit gewährt wird und die nötigen Schritte wie schriftliche Weisungen, Gewährung des rechtlichen Gehörs und ausführlich begründete Verfügungen mit Rechtsmittelbelehrung eingehalten werden. Die Kommission ist sich aber bewusst, dass ein rechtstaatlich korrektes Verfahren sehr zeitaufwändig ist.

### ***Fazit der Kommission***

Zu Unrecht bezogene Sozialhilfe gibt es wie in andern Gemeinden auch in Ostermundigen und wird nie völlig ausgeschlossen werden können. Dank einem funktionierenden Kontrollsystem werden solche Missbräuche auch immer wieder aufgedeckt. Die Tatsache, dass es Missbrauch immer geben wird, heisst jedoch nicht, davor zu kapitulieren oder die Augen zu verschliessen. Nicht nur dem Steuerzahlenden gegenüber, sondern auch gegenüber dem weitaus grössten Teil der ehrlichen SozialhilfebezügerInnen sind Mitarbeitende und Behörden gefordert, die Missbrauchsquote so tief wie möglich zu halten.

Die Kommission stellte sich die Frage wie die beschränkten finanziellen Mittel auch im Sinne der Missbrauchsbekämpfung am Effizientesten eingesetzt werden können. Aus Sicht der Kommission stehen fünf Faktoren im Vordergrund:

1. Genügend und gut ausgebildete Sozialarbeitende und Sachbearbeitende. In diesem Zusammenhang muss bemerkt werden, dass 2007 als Folge von diversen längeren krankheits-, unfall- und mutterschaftsbedingten Abwesenheiten von Sozialarbeitenden insgesamt rund 260 Arbeitstagen, was einem Vollzeitjahresarbeitspensum entspricht, fehlten. Davon wurden lediglich zirka 70 Arbeitstage zur Kompensation bewilligt. Da in Stellvertretungssituationen bekanntlich nur das Nötigste erledigt werden kann, kann diese unbefriedigende Situation zwangsläufig Lücken in der Kontrolle entstehen lassen.
2. Genügend zeitliche Ressourcen zur Kontrolle durch die Vorgesetzten. In Ostermundigen wird jedes Dossier mindestens einmal pro Jahr sowohl durch die Teamleiterin wie auch durch den Abteilungsleiter kontrolliert.
3. Klar definierte, beschriebene und nachvollziehbare Arbeitsprozesse mit weitgehend standardisierten Verfahren und Abklärungsvorgängen.
4. Genügend Abklärungs-, Integrations- und Beschäftigungsprogrammplätze.
5. Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen (RAV), der IV und den Sozialdiensten.

Die Anstellung eines Sozialinspektors wird zum heutigen Zeitpunkt von der Kommission als zu teuer und wohl bezüglich Kosten-/Nutzen-Verhältnis wenig effizient beurteilt. Allerdings wartet auch die Kommission mit Interesse die Erfahrungen ab, welche die vom Kanton benannten Pilotgemeinden Biel und Köniz machen werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

97 10.372 Motionen  
40.1218 Abfallmerkblatt der Gemeinde

**Überparteiliche Motion betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprachen; parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Abfallmerkblatt mit den Abfalldaten und den wichtigsten Bestimmungen in verschiedenen Fremdsprachen anzubieten.

***Begründung***

Einer umweltgerechten Abfallentsorgung ist nach wie vor hohe Priorität einzuräumen. Immer wieder kann beobachtet werden, dass an den Sammeltagen für Grobgut und Metall auch elektrische und elektronische Geräte an den Sammelstellen deponiert werden. Abfalleimer werden mit privatem Haushaltsmüll gefüllt und bei den Glassammelstellen sind nicht selten Keramikgeschirr, Gegenstände aus Kristallglas und andern Materialien auf den Containern deponiert.

Die Bestimmungen über die Abfallentsorgung sollten auch von Personen verstanden werden können, welche die deutsche Sprache nicht oder nur ungenügend lesen und verstehen können.

Wir stellen uns vor, dass ein Merkblatt mit den Abfalldaten und den wichtigsten Bestimmungen genügt. Es muss nicht so ausführlich sein wie die deutsche Version. Das Merkblatt sollte in jene Fremdsprachen, die in Osternundigen am häufigsten vorkommen, übersetzt werden.

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. R. Wagner  
R. Bolliger  
Ph. Gerber  
B. Schröter  
S. Ernst  
E. Rippstein

98      10.372      Motionen  
          30.490      Dreifachturnhalle

**Motion der SP-Fraktion betreffend Turnhallentrakt Dennigkofen: Die Chance für eine Dreifachturnhalle in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Alternativprojekt für den Umbau des Hallentraktes der Turnhalle Dennigkofen in eine Dreifachturnhalle vorzulegen und die zur Realisierung notwendigen Mehrkosten auszuweisen. Gleichzeitig muss dargelegt werden, wie das Verkehrsaufkommen bei Anlässen zu bewältigt ist und wie die Erschliessung mit dem Öffentlichen Verkehr bei Sportanlässen sichergestellt wird.

***Begründung***

Eines der Resultate des Bevölkerungsforums 2007 ist es, dass nach wie vor ein grosses Interesse an einer Dreifachturnhalle besteht. Tatsächlich ist Ostermundigen eine der wenigen grösseren Gemeinden, die nicht über eine Infrastruktur verfügt, in der normgerechte Wettkämpfe in den Sportarten Volleyball, Handball, Unihockey oder Basketball durchgeführt werden können.

Der vorgeschlagene Standort beim Rothus ist aber aus finanziellen Überlegungen für Ostermundigen nicht realistisch. Sporthallen ohne gleichzeitige Nutzung durch Sportvereine und Schulen ziehen doppelte Kosten in der Abschreibung und annähernd doppelte Kosten im Betrieb nach sich, wenn es nicht gelingt, die Sporthalle durch eine eigenständige schulunabhängige Nutzung auch während des Tages voll auszulasten.

Die Erfahrungen mit Leistungszentren zeigt an vielen Orten, dass dies nur sehr schwer über längere Zeit zu realisieren ist. Über kurz oder lang werden diese Leistungszentren meist zu zusätzlichen Kostenblöcken für die Standortgemeinden. Der Betrieb einer Dreifachturnhalle ausserhalb des Komplexes einer Schulanlage, führt zu jährlich wiederkehrenden Kosten von mindestens einer halben Mio. Franken.

Wird die gewünschte Dreifachturnhalle ausserhalb eines Schulkomplexes realisiert, muss deshalb mit unverantwortbaren Kosten für die Gemeinde gerechnet werden.

Die Schulen Mösli und Rüti wurden ohne Dreifachturnhalle saniert. Das Schulhaus Rothaus ist fremd vermietet und verfügt über ein ausreichendes Hallenangebot. An der Schule Bernstrasse bestehen unseres Wissens kein Bedarf. Wir gehen deshalb zur Zeit davon aus, dass an diesen Standorten die Realisierung einer Dreifachturnhalle erschwert ist und zu zusätzlichen Kosten führen würde.

Der Turnhallentrakt der Schule Dennigkofen soll in nächster Zeit saniert werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Ausbau in eine Dreifachturnhalle - falls möglich - teurer wird. Dennoch wäre dieser Umbau sowohl im Betrieb wie auch in der Erstellung

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

günstiger als die Sanierung der Turnhalle Dennigkofen und der zusätzliche Bau einer Dreifachturnhalle.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass diese Überlegung geprüft und weiter verfolgt werden soll. Im Rahmen dieser Überprüfung muss auch zwingend geprüft werden, wie das Verkehrsaufkommen bei Anlässen zu bewältigen wäre und wie die Er-schliessung mit dem Öffentlichen Verkehr bei Anlässen sichergestellt wird. Gleichzei-tig ist noch einmal zu überprüfen, ob die oben gemachten Aussagen bezüglich der Standorte Mösli, Bernstrasse und Rüti korrekt sind.

Wer den deutlich und schon lange geäusserten Wunsch nach einer Dreifachturnhalle ernst nehmen will und die Realisierung ins enge finanzielle Korsett der Gemeinde einplanen will, muss eine Variante „Dreifachturnhalle Dennigkofen“ jetzt studieren. Nach der Sanierung der Turnhalle kann diese Chance nicht mehr wahrgenommen werden.

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. C. Zeyer  
N. Riesen  
M. Neuenschwander  
A. Thomann  
R. Kehrli  
R. Wiedmer  
A. Dogan  
C. Basler  
R. Unteregger  
M.A. Baumann  
R. Mahler

99     10.374     Interpellationen  
       30.111     Baugesuche

**Überparteiliche Interpellation betreffend was hat der Gemeinderat in Sachen Islamzentrum unternommen? ; parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

Für ein geplantes türkisch-islamisches Begegnungszentrum in Ostermundigen haben die Gemeindebehörden die generelle Baubewilligung erteilt. Mehrere Einsprachen, welche die Quartierverträglichkeit bestritten, wurden abgewiesen. Das Erteilen der Bewilligung hat viele Mundiger Bürgerinnen und Bürger aufgerüttelt und wirft diverse Fragen auf. Der Gemeinderat wird daher gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

***Fragen***

1. Was hat der Gemeinderat unternommen, als er erstmals von der sich abzeichnenden Problematik um die Liegenschaft an der Oberdorfstrasse 2 hörte?
2. Begrüssst der Gemeinderat die Einrichtung eines türkisch-islamischen Begegnungszentrums in Ostermundigen an der Oberdorfstrasse 2 trotz des bereits heute überdurchschnittlichen Ausländeranteils in der Gemeinde, insbesondere im betroffenen Quartier?
3. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde erschöpft ist und für die Liegenschaft keine optimalere Nutzung aus Mundiger Sicht möglich ist?
4. Trifft es zu, dass der Gemeinderat verkehrs- und entwicklungspolitische Aspekte nicht in die Prüfung des Baugesuches einfliessen liess? Wenn ja, steht dies nicht den Entwicklungszielen Ostermundigens entgegen?
5. Wie ist die Aussage des Gemeindepräsidenten in der Presse in Bezug auf die bereits heute bestehende enorme Belastung des Quartiers vereinbar mit der Erteilung der generellen Baubewilligung für ein türkisch-islamisches Begegnungszentrum?
6. Welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat auf Grund der Reaktionen der Bevölkerung zu ergreifen? Ist er bereit, das Gespräch mit den Liegenschaftsbesitzern und verschiedenen Kaufinteressenten zu suchen, um für eine quartierverträglichere Nutzung zu sorgen?
7. Hat der Gemeinderat ein Paket von Gegenmassnahmen bereit um den Mehrverkehr zu lenken, der dem Quartier im Falle der Einrichtung des geplanten Begegnungszentrums entsteht, und der das Quartier hauptsächlich zu Zeiten, in denen ein Wohnquartier das Recht auf Ruhe erheben darf, belasten wird?

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. L. Müller  
A.M. Panayides  
H.R. Hausammann  
E. Blaser  
B. Weber  
E. Hirsiger  
M. Buchser  
M. Truog  
R. Bolliger  
M. Mantarro  
W. Bruderer

100 10.374 Interpellationen  
50.299 Integration

**Interpellation R. Unteregger (SP) betreffend türkisch-islamisches Zentrum: Klare Spielregeln für eine gute Integration; parlamentarischer Neueingang**

**Wortlaut**

In Ostermundigen ist das Baugesuch der türkisch-islamischen Vereinigung betreffend Umbau der Liegenschaft an der Oberdorfstrasse 2 zu einem Begegnungszentrum eingereicht worden. Das Gesuch ist in erster Instanz bewilligt, der Entscheid inzwischen mit der Begründung der fehlenden Zonenkonformität angefochten worden. Sollte sich diese Rechtsauffassung nicht durchsetzen, ist davon auszugehen, dass das entsprechende Zentrum mit kleiner Moschee eingerichtet wird. Damit würden Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens in Ostermundigen, aber auch Muslime aus der Region hier einen öffentlich wahrnehmbaren Ort der religiösen Begegnung erhalten. Es stellen sich für uns folgende Fragen:

**Fragen**

1. Wann wird der Gemeinderat auf die Vertreter der türkisch-islamischen Vereinigung zugehen und den Dialog mit ihnen führen?
2. Welche Punkte wird der Gemeinderat im Dialog mit den Verantwortlichen der Vereinigung zur Sprache bringen? Eine Integration dieses Zentrums in der Gemeinde erfordert Transparenz und klare Spielregeln auf beiden Seiten.
3. Wie und wann wird der Gemeinderat die interessierte Bevölkerung informieren?

**Begründung**

Das Grundrecht der Religionsfreiheit ist ein zentraler Wert unserer Verfassung. Unser Rechtsstaat bietet Gewähr, dass unsere muslimischen Mitbürger und Mitbürgerinnen ihre religiöse Überzeugung sichtbar und in Gemeinschaft leben können. Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung Ängste und Unsicherheit, die es ernst zu nehmen gilt. Es geht um die Frage, was dieses islamische Zentrum für unsere Gemeinde bedeuten könnte. In letzter Zeit haben Fragen rund um den Islam verschiedene Politikbereiche beschäftigt: die Migrations- und Integrationspolitik, die Schul- und Bildungspolitik, die Sicherheits- und Infrastrukturpolitik. Stichworte wie Minarettverbotsinitiative, Karikaturenstreit.

Über den Islam hinaus beschäftigen im Alltag Themen wie das Tragen von religiösen Symbolen oder Dispensationsgesuche an den Schulen.

Es ist daher wichtig, dass nicht nur die Ostermundiger Kirchen, sondern auch das politische Ostermundigen den Kontakt mit den Verantwortlichen des türkisch-islamischen Vereins sucht. Es geht um Transparenz und Offenheit auf beiden Seiten.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

Es muss kommuniziert werden, dass die Religionsfreiheit nur verwirklicht und gesichert werden kann, wenn die staatliche Ordnung einen säkularen und demokratischen Charakter hat und die Vielfalt von Meinungen ermöglicht wird.

Gewisse Werte sind für uns nicht verhandelbar: Die Geltung der Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, die religiöse Neutralität des Staates, der Vorrang des weltlichen Rechts. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum, auch nicht im privaten Bereich der Familie.

Ebenso besteht ein Interesse daran, die Frage der allfälligen Einflussnahme islamischer Staaten auf die Ausrichtung islamischer Moscheevereine in der Schweiz zu thematisieren. Zu diskutieren ist insbesondere die Frage, wie auf diese Einflussnahme unsererseits reagiert werden kann und soll, um die dargelegten Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. R. Unteregger

101 10.375 Einfache Anfragen  
13.110 Schulkommission

**Einfache Anfrage R. Wagner (EVP) betreffend Interpellation vom 17. März 2005 zur Zwischenbilanz für die neue Schulkommission; parlamentarischer Neueingang**

**Wortlaut**

Am 19. Mai 2005 beantwortete der Gemeinderat die am 17. März 2005 durch Rahel Wagner und Mitunterzeichnende eingereichte Interpellation betr. die Schulkommission (Zwischenbilanz), auf die Frage Nr. 3

„Wie und wann gedenkt der Gemeinderat, auch die andern an der Schule von Ostermundigen beteiligten Gremien und Bevölkerungsschichten (Lehrerkollegien, Jugendamt, Erziehungsberatung, Schulinspektorat, Eltern usw.) für eine repräsentative Zwischenbilanz miteinzubeziehen?“ erhielten wir folgende Antwort:

„Der Gemeinderat ist gegenüber Evaluationen und Wirkungsüberprüfungen grundsätzlich sehr offen eingestellt. Es war sinnvoll, den Puls der direkt Beteiligten frühzeitig zu spüren. Nach einem Jahr kann eine zweite Zwischenbilanz und auf Ende der Legislatur eine abschliessende Bilanz gezogen werden. (Hervorhebung durch die Unterzeichnende). Wichtiger als demokratisch gefällte Entscheidungen ständig zu hinterfragen erscheint dem Gemeinderat allerdings, die Wirkung des Unterrichts zu überprüfen. Dem Gemeinderat sind Schulen bekannt, welche aus der Schule entlassene Jugendliche nach ihren Erfahrungen befragen und dadurch wertvolle Rückmeldungen erhalten.

Die Schulkommission wird in der ersten Hälfte des neuen Schuljahres zusammen mit interessierten Personen aus dem Elternrat, der Lehrerschaft und den Schulleitungen eine Strategiediskussion führen und Bildungsziele für die Schule Ostermundigen diskutieren und definieren.“

Bis heute wurde eine zweite Zwischenbilanz nicht vorgelegt. Auch nach mehrmaligen Rückfragen beim zuständigen Departementsvorsteher und der Bitte, im GGR doch wenigstens kurz darüber zu informieren, weshalb nach einem Jahr keine zweite Zwischenbilanz gemacht wurde und was bei der Schule so alles geht, steht eine Antwort noch aus. Inzwischen ist die Bildungsstrategie geboren und auch sonst hat die Schulkommission vieles aufgegleist, was sicher sehr gut ist. Dennoch will ich nicht einfach auf in Aussicht gestellte Informationen verzichten.

**Fragen**

1. Weshalb wurde die in Aussicht gestellte Zwischenbilanz per Ende 2005 nicht gemacht?
2. Weshalb wurde auf die persönlichen Rückfragen und die Bitte um Information im GGR nicht reagiert?

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

3. Ist eine abschliessende Bilanz auf Ende Legislatur zu erwarten?

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. R. Wagner

102 10.375 Einfache Anfragen  
40.323 Signalisationen, Markierungen, Allgemein

**Einfache Anfrage R. Mahler (SP) betreffend Velostreifen Bernstrasse; parlamentarischer Neueingang**

***Wortlaut***

Von der Kreuzung Bernstrasse/Rütiweg bis zur Einmündung in die Umfahrungsstrasse hat die Bernstrasse kürzlich einen neuen Belag erhalten.

Mit Befremden habe ich festgestellt, dass nach der Belagssanierung Mittellinien, Fussgängerstreifen usw. aufgebracht wurden, Fahrradstreifen jedoch fehlen bis jetzt, obschon die Bernstrasse in diesem Bereich häufig von Fahrradfahrenden benutzt wird. Zudem bildet die Bernstrasse in diesem Bereich den Zugang zum Velowegnetz Richtung Rörswil/Bolligen respektive Wankdorf/Ittigen.

***Fragen***

1. Gibt es einen triftigen Grund, in diesem Bereich der Bernstrasse keine Fahrradstreifen zu markieren?
2. Wenn nicht: Ist der Wille vorhanden, die schwächeren Verkehrsteilnehmenden zu schützen?  
(Es ist dabei auch an die Möglichkeit eines einseitigen Fahrradstreifens, wechselseitig je nach Steigung, oder an eine Kernfahrbahn ohne Mittellinie zu denken.)
3. Wenn ja: Bis wann kann man damit rechnen, dass die Fahrrad fahrenden Verkehrsteilnehmenden in diesem Teil der Gemeinde von der zusätzlichen Sicherheit eines solchen Fahrradstreifens profitieren können?

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. R. Mahler

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

103 10.375 Einfache Anfragen  
10.1751 EURO 08

**Einfache Anfrage M. Mantarro (FORUM) betreffend Campinggelegenheit in Ostermundigen während der Euro 08; parlamentarischer Neueingang -sofortige Beantwortung**

**Wortlaut**

Die Euro 08 findet in unmittelbarer Nähe von Ostermundigen statt. In Bern werden drei Spiele durchgeführt unter Anderen spielt auch die holländische Nationalmannschaft in Bern. Holländer reisen gerne mit Wohnwagen und Zelten und brauchen Möglichkeiten sich zu installieren.

Gemäss der Studie von rütter + partner der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und dem Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus, welche die Regionale Wirkung der Euro 08 auf Bern (Kanton Bern, ohne Berner Oberland) untersucht haben, dürfte die Euro 08 80'000 bis 135'000 Logiernächte für Bern generieren. Von den ausländischen Gästen wird erwartet, dass diese rund 20 bis 30 Mio. Franken in der Schweiz ausgeben. Der wichtigste Ausgabeposten ist die Verpflegung (39 bis 45 %), im Minimum haben die Übernachtungsausgaben das gleiche Gewicht, im Maximum sinkt der Anteil auf 32 %. Auf den Detailhandel entfallen 14 bis 17 % der Ausgaben.

Ich bin überzeugt, wenn Ostermundigen Gästen der Euro 08 Gelegenheit bietet, sich in Ostermundigen zu installieren, dass auch die Gemeinde und der Detailhandel in Ostermundigen stark profitieren kann.

**Fragen**

1. Besteht die Möglichkeit, in Ostermundigen einen temporären Campingplatz zu installieren? Mögliches Platzangebot besteht mit Sicherheit. Ich denke an das Schiessplatzareal oder beim Werkhof.
2. Bestehen zusätzliche Übernachtungsmöglichkeiten für Besucherinnen und Besucher der Euro 08?

Eingereicht am 13. Dezember 2007

sig. M. Mantarro

**Marco Mantarro (FORUM):** Die Euro 08 findet in unmittelbarer Nähe im Stade de Suisse statt. Dort werden drei Spiele ausgetragen; u. a. spielt die holländische Nationalmannschaft ihre drei Spiele in Bern. Es ist bekannt, dass die Holländer ein Volk von Campern sind. Diese brauchen nun Zeltplätze. Gemäss der Studie von rütter +

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

partner der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und dem Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus, welche die regionale Wirkung der Euro 08 auf Bern (Kanton Bern, ohne Berner Oberland) untersucht haben, dürfte die Euro 08 80'000 bis 135'000 Logiernächte für Bern generieren. Von den ausländischen Gästen wird erwartet, dass diese rund 20 bis 30 Mio. Franken in der Schweiz ausgeben. Der wichtigste Ausgabeposten ist die Verpflegung, Übernachtungsausgaben und der Detailhandel.

Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde Ostermundigen diesen Gästen eine Übernachtungsmöglichkeit bieten kann. Das Ostermundiger Gewerbe könnte stark von diesen Gästen profitieren. Es sollte möglich sein, einen temporären Campingplatz zu errichten.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich bin von der Anfrage überrascht. Trotzdem möchte ich mich dazu äussern. Bis heute liegt vom OK der Euro 08 keine entsprechende Anfrage für das zur Verfügungstellen von Übernachtungsmöglichkeiten vor. Ich gehe davon aus, dass Ostermundigen zu nahe am Stade de Suisse liegt und deshalb vom OK keine Übernachtungsmöglichkeiten in solch unmittelbarer Nähe aus Sicherheitsgründen gewünscht werden. Der Gemeinderat hat deshalb auch keine aktive Rolle eingenommen. Wir sind bestrebt, zusammen mit dem FCO Attraktionen anzubieten.

## **Persönliche Erklärungen**

**Claudine Basler (SP):** Ich möchte mich für die Jahre und die gute Zusammenarbeit hier im Parlament bestens bedanken. Es waren intensive, produktive und manchmal auch harte Zeiten. Ein besonderer Dank gilt meiner Fraktion. Es war stets eine super Zusammenarbeit. Der Kommunikationsstil war sehr offen und die kollegiale Atmosphäre habe ich sehr geschätzt; dies ist in der heutigen Politiklandschaft keine Selbstverständlichkeit mehr! Mit Ändu Thomann hatte ich zu Beginn meiner Ratstätigkeit einen guten Götti. Er brachte mir viele Tipps und Tricks bei. Von zahlreichen Zusammenarbeiten - z. B. die Tagesschule mit Philippe Gerber, die Schulsozialarbeit mit Edi Rippstein - werden mir trotz hitzigen Köpfen und manchmal lauten Worten und langen Stunden stets in bester Erinnerung bleiben. Besten Dank für die produktive Zusammenarbeit.

**Ratspräsidentin:** Nachdem die heutige Sitzung nicht so lange gedauert hat wie andere in meinem vergangenen Präsidialjahr, werden Sie mir sicher erlauben, vor dem gemütlichen Teil des heutigen Abends noch ein paar Schlussworte an Sie zu richten. Heute Abend durfte ich meine letzte GGR-Sitzung leiten, eine Aufgabe, welche mir das ganze Jahr hindurch viel Freude und Befriedigung bereitet hat. Wenn mir doch die eine oder andere Sitzung beim Vorbereiten etwas Bauchschmerzen bereitet hat, so durfte ich doch bei der Sitzungsleitung viel Lernen und wäre nun eigentlich bereit, ein weiteres Jahr viel sicherer anzugehen! Aber Spass beiseite, soeben haben wir ja einen würdigen Nachfolger in mein Amt gewählt!

Ich bin stolz darauf, während diesem Jahr unter den zahlreichen Geschäften, welche behandelt wurden, auch Geschäfte, welche mir besonders am Herzen lagen, diskutieren lassen zu können. Dies war einerseits die Behörden- und Verwaltungsreform, welche zwar noch nicht verabschiedet, aber sicher auf gutem Wege ist und andererseits, dass wir es möglich machten, das Volk über die Neugestaltung der Bernstrasse abstimmen zu lassen. Wenn wir ParlamentarierInnen sicher auch nicht alle über den Ausgang der Abstimmung zufrieden sind, so wissen wir doch, dass das Resultat dem Volkswillen entspricht, welchen wir zu respektieren haben. Die BefürworterInnen, welche sich mit grossem Einsatz für ein Ja eingesetzt haben, haben bewiesen, dass sie dies können.

Ich möchte an dieser Stelle meiner Fraktion danken, welche mir dieses Jahr ermöglichte, aber auch euch, welche mich in dieses Amt wählten. Danken möchte ich auch meinen Büromitgliedern, welche mich immer unterstützten. Ich war stets froh um die aktive Unterstützung des 1. Vizepräsidenten Peter Wegmann, wenn auch er mich nach meinem zweiten Stichentscheid im Stich lassen wollte.....! Danken möchte ich auch unserem Ratssekretär Jürg Kumli, welcher stets für mich da war bis hin zum Bereitstellen eines Sitzkissens, was mir die langen Sitzungen um einiges erleichterte!

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. Dezember 2007

---

Ich hoffe fest, dass wir auch im nächsten GGR-Jahr viele gute Diskussionen werden führen können und auch, dass diese in einem fairen Ton stattfinden werden, obwohl es sich ja um ein Wahljahr handelt und dann bekanntlicherweise die Töne oft etwas härter werden. Ich freue mich, nach drei Jahren Zugehörigkeit im Rat, welche ich hier auf der Bühne verbringen durfte, im nächsten Jahr den Ratsbetrieb auch einmal von unten miterleben zu können. In dem Sinne gehe ich umgekehrt vor als dies normalerweise der Fall ist, ich steige nicht auf, sondern ab. Aber ich freue mich, dafür auch hie und da aktiv in die Debatten eingreifen zu können.

In diesem Sinne wünsche ich euch und euren Familien geruhsame Festtage und einen erfolgreichen Rutsch ins neue Jahr und erkläre die heute Sitzung für geschlossen.

**1. Vizepräsident Peter Wegmann (FDP):** Liebe Marianne, dass ist wirklich eine absolute Novität. Normalerweise steigt man von unten nach oben und du hast den umgekehrten politischen Weg vor dir. Die Wertschätzung für deine Leistungen während des Präsidentschaftsjahres ist enorm. Im Namen sämtlicher Ratsmitglieder möchte ich dir ein herzliches Dankeschön aussprechen und ein Präsent übergeben. Als passionierte Seglerin auf dem Neuenburgersee wächst stets auch der Appetit. Wir schenken dir aus diesem Grund einen Gutschein für das Restaurant „Le Bateaux“ in Portalban. Du kannst dich zusammen mit deinem Ehemann dort nach einem ausgiebigen Segeltörn verwöhnen lassen.

#### **NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Marianne Neuenschwander

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog